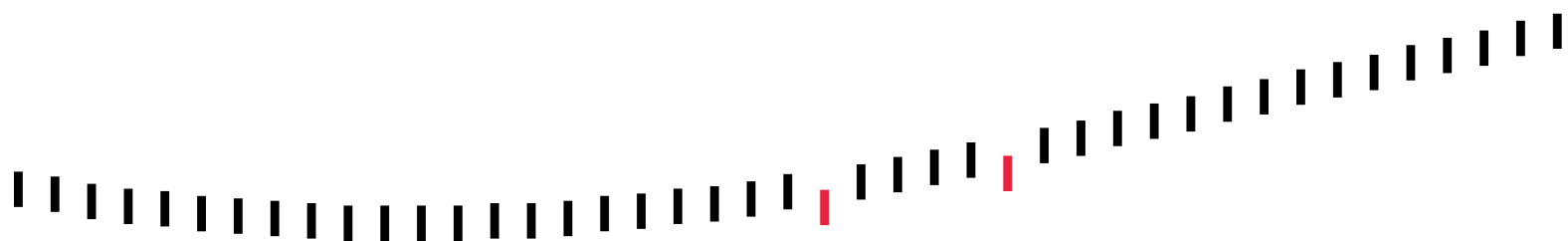


Schlussbericht

# Kosten der Bürokratie in der Schweiz

Eine Quantifizierung der vermeidbaren Kosten durch  
einen umfassenden Bürokratieabbau

Basel , 19.11.2025



# Impressum

## **Kosten der Bürokratie in der Schweiz**

**Eine Quantifizierung der vermeidbaren Kosten durch einen umfassenden Bürokratieabbau**  
Schlussbericht

19.11.2025

**Auftraggeber:** economiesuisse

**Autorinnen und Autoren:** Prof. Oliver Falck (ifo), Chiara Graf (BSS), Yuchen Mo Guo (ifo),  
Lukas Mergele (BSS), Christian Pfaffl (ifo)

Verantwortlich seitens Auftraggeber: Guido Saurer (Projektleiter Allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung)

Projektleitung seitens Auftragnehmer: Lukas Mergele, Oliver Falck

Projektbearbeitung: Chiara Graf, Yuchen Mo Guo, Lukas Mergele, Christian Pfaffl

BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG

Aeschengraben 9

CH-4051 Basel

T +41 61 262 05 55

contact@bss-basel.ch

[www.bss-basel.ch](http://www.bss-basel.ch)

© 2025 BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG

# Inhalt

<b>Das Wichtigste in Kürze .....</b>	<b>1</b>
<b>1 Ziel der Analyse .....</b>	<b>2</b>
<b>2 Bisherige Befunde .....</b>	<b>2</b>
<b>3 Analyse .....</b>	<b>4</b>
3.1 Bürokratieindex .....	4
3.2 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für die Wirtschaftsleistung .....	6
3.3 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für den Fachkräftemangel .....	10
<b>4 «Lernen von den Besten»: der Fall Schweden .....</b>	<b>11</b>
<b>5 Limitationen.....</b>	<b>12</b>
<b>6 Fazit.....</b>	<b>12</b>
<b>7 Literatur .....</b>	<b>13</b>
<b>A Anhang.....</b>	<b>15</b>

## **| Tabellen**

Tabelle 1: Ergebnisse der empirischen Schätzung des Effekts einer Entbürokratisierung .....	7
Tabelle 2: Einzelindikatoren des Bürokratieindex für ausgewählte Länder .....	17

## **| Abbildungen**

Abbildung 1: Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum .....	5
Abbildung 2: Entwicklung des Bürokratieindex in den Top-5-OECD-Ländern, 2006-2020 .....	6
Abbildung 3: Geschätzter Effekt von umfassendem Bürokratieabbau auf das reale BIP .....	8
Abbildung 4: Entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratieaufwand in der Schweiz .....	9
Abbildung 5: Nutzen einer Reduktion des administrativen Aufwands.....	10
Abbildung 6: Bürokratieindex der OECD-Länder .....	15
Abbildung 7: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Vorgänge .....	16
Abbildung 8: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Tage.....	16

# Das Wichtigste in Kürze

**Regulatorische Anforderungen und Bürokratie sind das grösste Wachstumshemmnis für Schweizer Unternehmen.** Die volkswirtschaftlichen Kosten der Bürokratie sind jedoch schwer zu quantifizieren. Bisherige Berechnungen nach dem Standardkostenmodell erfassen nur direkte Kosten und vernachlässigen indirekte Effekte wie ausbleibende Unternehmensgründungen oder verlagerte Investitionen.

Anhand eines neu entwickelten Bürokratieindex zeigt sich, dass die Schweiz im internationalen Vergleich zwar solide abschneidet, gegenüber führenden skandinavischen Ländern jedoch erhebliches Verbesserungspotenzial aufweist. Auf Basis dieses Index berechnen wir die entgangene Wirtschaftsleistung für ein Szenario, in dem die Schweiz vor zehn Jahren eine umfassende und international vergleichbare Entbürokratisierung durchgeführt hätte. Im Durchschnitt würde das Pro-Kopf-BIP dadurch um rund 5% über dem heutigen Niveau liegen. **Die Bürokratiekosten für die Schweiz belaufen sich demnach auf rund 30.4 Milliarden CHF entgangener Wirtschaftsleistung pro Jahr.**

Eine Entbürokratisierung könnte auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken: Viele Arbeitskräfte verwenden einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit für administrative Vorgaben. Unsere Beispielrechnung ergibt, dass eine umfassende Entbürokratisierung über alle Wirtschaftssektoren und den öffentlichen Dienst hinweg eine Entlastungswirkung von rund 55'900 Vollzeitäquivalenten erzielen könnte.

Im Bürokratieindex führende Länder wie Schweden bestätigen, dass eine hochwertige öffentliche Verwaltung wirtschafts- und bürgerfreundlicher ausgestaltet sein kann, vor allem indem umfassend digitalisiert wird. Neue Möglichkeiten der Effizienzsteigerung eröffnen sich zudem durch technologische Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI).

# 1 Ziel der Analyse

Regulatorische Anforderungen und Bürokratie sind das grösste Wachstumshemmnis für Schweizer Unternehmen. Laut Chancenreport der Raiffeisenbanken sehen drei von vier Unternehmen diese Faktoren als wesentliche Einschränkung ihres Geschäftserfolgs; kein anderes Hemmnis wird häufiger genannt (Behringer et al., 2025).

Ziel dieser Studie ist es, die gesamtwirtschaftlichen Kosten zu quantifizieren, die in der Schweiz durch Bürokratie entstehen. Die zentrale Frage lautet: Wie stark beeinträchtigt ein unzureichender Bürokratieabbau die Wirtschaftsleistung der Schweiz?

Die Messung von Bürokratiekosten ist komplex. Bisherige Studien nutzen überwiegend den sogenannten Standardkostenansatz (vgl. Bundesrat, 2013). Dieser erfasst die direkten Kosten administrativer Vorgänge und berechnet sich im Wesentlichen aus der Anzahl der Vorgänge, dem durchschnittlichen Zeitaufwand je Vorgang und den Lohnkosten je Zeiteinheit. Indirekte oder dynamische Wirkungen von Bürokratie bleiben dabei unberücksichtigt, wodurch die tatsächlichen Kosten typischerweise unterschätzt werden.

In dieser Studie nehmen wir eine gesamtwirtschaftliche Perspektive ein und berücksichtigen auch Wirkungsdimensionen, welche die Bürokratiekosten umfassender widerspiegeln. So können als Folge von Bürokratie etwa private Investitionen reduziert, Unternehmensgründungen verhindert oder Neueinstellungen nicht durchgeführt werden. Methodische Grundlage ist die Studie «Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand» von Falck et al. (2024), welche die gesamthaften Kosten eines fehlenden Bürokratieabbaus für Deutschland berechnet. Der Ansatz beruht auf der Berechnung eines neuen Bürokratieindex und einem Vergleich der Wirtschaftsentwicklung von Ländern mit und ohne einer durchgeführten umfassenden Entbürokratisierungsreform. Wir adaptieren diesen Ansatz für die Schweiz. Zudem untersuchen wir die Auswirkungen auf das Fachkräfteangebot und analysieren anhand des Fallbeispiels Schweden, was die Schweiz von anderen Ländern lernen kann.

Regulierung kann neben Kosten auch wesentlichen Nutzen stiften. Sie schafft Rechtssicherheit, schützt öffentliche Güter, verhindert Marktversagen und stellt Mindeststandards etwa im Arbeits-, Sozial- und Umweltschutz sicher. Diese Effekte stehen jedoch nicht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung, die auf die Quantifizierung der wirtschaftlichen Belastungen durch Bürokratie abzielt.

## 2 Bisherige Befunde

Die zunehmende Komplexität und Dichte der Regulierung in der Schweiz ist gut dokumentiert. Gerny (2023) berichtet nach einer Studie von Schneider und Vokinger (2023), dass über die letzten 50 Jahre hinweg die Zahl der Gesetze stetig anstieg, auch wenn die Zahl der neu in Kraft getretenen Gesetze über die Zeit abnahm. Jedoch wuchsen auch bestehende Gesetze jedes Jahr um durchschnittlich 39 Wörter, zudem treten jährlich rund acht zusätzliche Verordnungen neu in Kraft.

Umfang und Komplexität der Regulatorik schlagen sich unmittelbar in den Kosten der Unternehmen nieder. Der Bürokratiemonitor des SECO (2022) liefert eine der umfassendsten Datengrundlagen dafür. Auf Basis einer repräsentativen Stichprobe werden Unternehmen zu 24 Vorschriften in den Bereichen Sozialversicherung, Steuern, Personal und weiteren Kategorien befragt. Erfasst werden sowohl die subjektiv wahrgenommene Belastung als auch der tatsächliche Zeitaufwand in Stunden pro Monat für die einzelnen Vorgaben. 60 Prozent der befragten Unternehmen bewerten die administrative Last als hoch oder sehr hoch. Rechnet man die angegebenen Zeitaufwände hoch auf die rund 206'000 KMU mit mindestens drei Beschäftigten in der Schweiz, belaufen sich die regulierungsbedingten externen Administrationskosten auf schätzungsweise 6.3 Milliarden Franken pro Jahr. Das KMU-Forum (2024) konstatiert auf Grundlage dieser Erhebungen und einer Befragung der freien Berufe (SECO, 2023; Gajta & Künzi, 2023), dass kleine und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren einer zunehmenden administrativen Last ausgesetzt waren. Zwar wurden Entlastungsmassnahmen eingeführt, doch haben gleichzeitige neue Regulierungen verhindert, dass sich die Situation spürbar entspannt.

Die Studie von KPMG (2010) nutzt einen umfassenderen Ansatz in der Messung von Bürokratiekosten, der neben den klassischen betriebswirtschaftlichen Kosten auch sogenannte Verzichtskosten berücksichtigt. Verzichtskosten bezeichnen dabei entgangene Nutzen und Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf Grund von Regulierung nur eingeschränkt oder überhaupt nicht durchgeführt werden können. Basierend auf Datenerhebung in Schweizer KMU schätzt KPMG die Regulierungskosten auf Ebene des Bundes in den spezifischen Bereichen Arbeitsrecht/-sicherheit, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene auf 3.7 Milliarden Franken pro Jahr. Kosten, welche auch ohne Regulierung anfallen würden («Sowieso-Kosten»), wurden bereits von dieser Summe abgezogen. Auf dieser Basis nehmen Bigler & Schneider (2019) eine Hochrechnung vor und extrapolieren die Kosten auf sämtliche Rechtstexte von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Ergebnis schätzen sie die gesamten Regulierungskosten auf 50 Milliarden Franken pro Jahr (Basisjahre 2009/2010). Diese Summe entsprach zum damaligen Zeitpunkt etwa 10 Prozent des BIP. Angesichts der seither erfolgten Regulierungszunahme sowie gestiegener Lohn- und Sachkosten gehen die Autoren davon aus, dass die Regulierungskosten mittlerweile deutlich höher liegen. Dieser Betrag enthält auch noch nicht indirekte volkswirtschaftliche Kosten, wie zum Beispiel eine niedrigere Dynamik im Bereich der Unternehmensgründungen oder Innovationshemmnisse.

Mosler & Schaltegger (2022) untersuchen die makroökonomischen Folgen von öffentlichen Verwaltungsausgaben auf Ebene der Kantone. Ihren Ergebnissen zu Folge verdrängen hohe Ausgaben für die öffentliche Verwaltung staatliche und private Investitionen und wirken damit wachstumshemmend, was auf starke indirekte Effekte von Bürokratie hinweist.

Wie komplexe Regulierungsprozesse Investitionen konkret behindern können, zeigt das Beispiel der Windenergie. Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz beim Ausbau von Windkraftanlagen auf dem letzten Platz. Neben politischer Opposition sind vor allem langwierige Bewilligungsverfahren der Hauptgrund: Von der Festlegung geeigneter Gebiete durch die Kantone über die Integration in den Richtplan bis zur Nutzungsplanung und Baubewilligung sind mehrere Instanzen vorgesehen. Auf jeder Ebene kann der Prozess durch Einsprachen verzögert werden. Zudem können Urteile mehrfach weitergezogen werden. Ein Beschleunigungserlass zur Straffung dieser Verfahren wird derzeit im Parlament beraten (VSE, 2025).

# 3 Analyse

## 3.1 Bürokratieindex

Wir analysieren den Bürokratieindex der Schweiz im zeitlichen Verlauf und vergleichen ihn mit den OECD-Staaten bzw. den Top-5-Ländern mit dem geringsten Bürokratieaufwand. Zudem berechnen wir die entgangene Wirtschaftsleistung infolge des Bürokratieaufwands und untersuchen die Auswirkungen auf das Fachkräfteangebot. Datengrundlage ist die „Doing Business“-Erhebung der Weltbank - eine der weltweit umfassendsten Quellen zur Messung der Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung.

### Daten und Methodik

Der von Falck et al. (2024) entwickelte Bürokratieindex misst den Bürokratieaufwand für Unternehmen im internationalen Vergleich. Aus der «Doing Business»-Erhebung werden jene Variablen extrahiert, die den Erfüllungsaufwand durch bürokratische Vorschriften unmittelbar widerspiegeln.

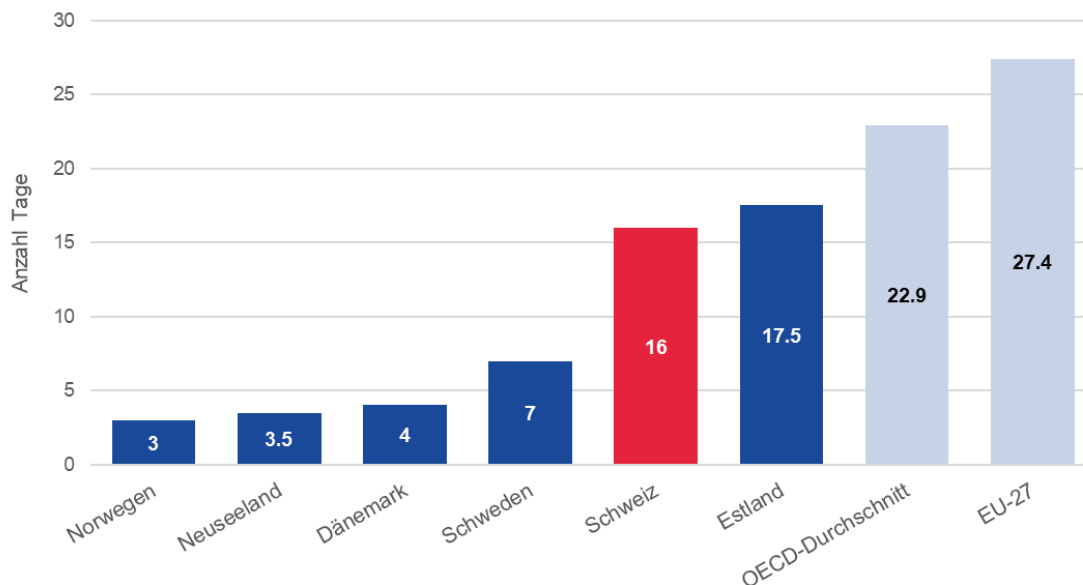
Der Index umfasst folgende vier Dimensionen (in Klammern: Rang der Schweiz im Ländervergleich der Weltbank, 2020):

- Baugenehmigungen: Anzahl Verfahrensschritte und durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen (71. von 190 Ländern).
- Eigentumsregistrierung: Anzahl Verfahrensschritte und durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen (18. von 190 Ländern).
- Steuererklärung: Jährlicher Zeitaufwand in Stunden und Einreichungsfrequenz (20. von 190 Ländern).
- Aussenhandel: Anzahl notwendiger Dokumente für den Import und Export sowie Dauer der Zollabwicklung in Tagen (26. von 190 Ländern).

Die Einzelindikatoren werden standardisiert, auf einen Mittelwert von null normiert und zu einem aggregierten Index zusammengeführt. Negative Indexwerte stehen für unterdurchschnittlichen, positive Werte für überdurchschnittlich hohen Bürokratieaufwand.



**Abbildung 1: Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum**



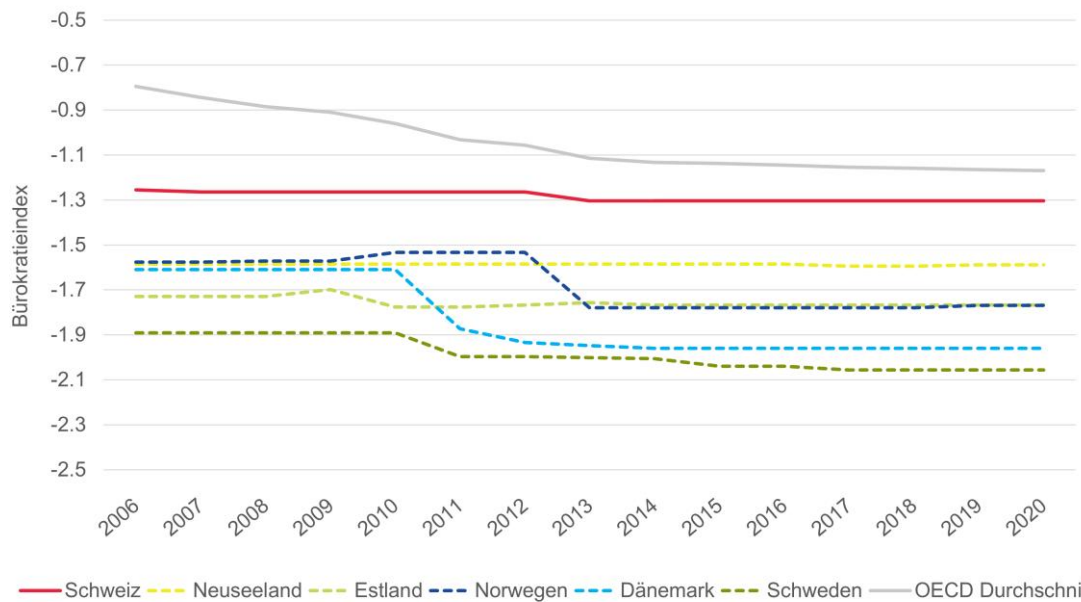
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank, Auswertung basierend auf Gewerbeimmobilien. Darstellung BSS.

Abbildung 1 zeigt als Beispiel für eine Indexdimension die benötigte Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum. Darunter fällt in der Schweiz die Eintragung ins Grundbuch (für weitere Einzelindikatoren vgl. auch Abbildung 7, Abbildung 8 und Tabelle 2 im Anhang). Wir vergleichen die Schweiz dabei mit den fünf OECD-Staaten, die den geringsten durchschnittlichen Bürokratieindex aufweisen. Dies sind Dänemark, Estland, Norwegen, Neuseeland und Schweden. Die Schweiz liegt mit einer Dauer von 16 Tagen bis zur Anmeldung unter dem OECD-Durchschnitt von 23 Tagen. Auch in anderen Teildimensionen des Index fällt der Bürokratieaufwand in der Schweiz geringer aus als der OECD-Durchschnitt. Lediglich die Anzahl benötigter Tage für die Baugenehmigung ist in der Schweiz mit 156 Tagen höher als der OECD-Durchschnitt von rund 148 Tagen (vgl. Abbildung 8 im Anhang).

### **Bürokratieindex: Ergebnisse**

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Bürokratieindex für die Schweiz im Vergleich zu den fünf OECD-Staaten mit den niedrigsten Indizes zwischen den Jahren 2006 und 2020. Dies sind Dänemark, Estland, Norwegen, Neuseeland und Schweden. Ergänzend ist der Indexdurchschnitt der OECD-Staaten dargestellt. Ein Indexwert von Null entspricht dem Durchschnitt aller enthaltenen Länder im Jahr 2006.

**Abbildung 2: Entwicklung des Bürokratieindex in den Top-5-OECD-Ländern, 2006-2020**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank. Ein Wert von «Null» entspricht dem Durchschnitt aller in die Untersuchung eingeschlossenen Länder (inklusive Nicht-OECD-Länder) im Jahr 2006. Darstellung: BSS.

Die Schweiz liegt im internationalen Vergleich unter dem OECD-Durchschnitt, hat also einen günstigeren Bürokratieindex als die meisten Industrienationen. Die Schweiz stellt für Unternehmen also kein «Bürokratiemonster» dar. Gleichzeitig liegt die Schweiz deutlich hinter Ländern wie Schweden, Dänemark und Finnland, welche durch besonders niedrige Indizes hervorstechen.

Über den betrachteten Zeitraum hinweg stagniert der Indexwert der Schweiz weitgehend. Dies deutet auf einen konstanten Bürokratieaufwand in den analysierten Dimensionen hin. Es ist jedoch zu beachten, dass der Bürokratieindex von Falck et al. (2024) nur einen Ausschnitt des gesamten Bürokratieaufwands abbildet. Andere, womöglich über die Zeit zunehmende Aspekte von Bürokratie, bleiben somit unberücksichtigt. Zahlen des deutschen Normenkontrollrats beispielsweise zeigen einen Anstieg des Erfüllungsaufwands in Deutschland seit 2020, obwohl der Bürokratieindex über längere Zeit stabil blieb.

## 3.2 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für die Wirtschaftsleistung

### Daten und Methodik

Im nächsten Schritt nutzen wir den Bürokratieindex, um die Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus auf die Wirtschaftsleistung zu schätzen. Dazu müssen entsprechende Reformepisoden mit grundlegendem Bürokratieabbau zunächst identifiziert werden. Wie in Falck et al. (2024) nutzen wir dafür einen datengestützten Ansatz: Reformepisoden werden als grundlegender Abbau definiert, wenn ein Land im obersten Perzentil aller jährlichen Rückgänge des Index liegt. In unserem Ländersample umfasst dies 27 Beobachtungen. Ein Beispiel liefert Frankreich: Mit der 2006 gestarteten «Révision générale des politiques publiques (RGPP)» senkte die Regierung

Sarkozy den Bürokratieindex um 0.8 Punkte und erfüllte damit die Schwelle für einen grundlegenden Bürokratieabbau. Zum Vergleich: Der Koalitionsvertrag 2025 der deutschen Bundesregierung deutet eine geplante Reduktion der Bürokratie in Deutschland an, darunter die Verringerung von EU-Vorgaben um 25%. Dies würde eine Reduktion im Bürokratieindex für Deutschland von höchstens 0.3 Indexpunkten bedeuten, womit diese Massnahme nicht als Reformepisode kategorisiert werden würde. Das verdeutlicht, wie weitreichend ein grundlegender Bürokratieabbau sein muss, um zur in Falck et al. (2024) gebildeten Gruppe zu gehören.<sup>1</sup>

Die identifizierten Reformepisoden verknüpfen wir mit Daten zum Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf. Diese Daten stammen aus den nach einheitlichen Vorgaben erstellten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, wie sie von der Weltbank zur Verfügung gestellt werden. Die Wirkung der Reformepisoden wird dann mit einem Differenz-in-Differenzen-Ansatz geschätzt. Dieser vergleicht die Entwicklung des realen BIP pro Kopf in Ländern mit und ohne grundlegenden Bürokratieabbau und isoliert so den Effekt der Reformen. Durch die Gegenüberstellung der Veränderungen vor und nach den Reformen in beiden Gruppen werden sowohl allgemeine zeitliche Trends als auch anfängliche Niveauunterschiede zwischen den Ländern bereinigt (vgl. Card and Krueger, 1994).

### Ergebnisse

Das zentrale Ergebnis der empirischen Schätzung in Falck et al. (2024) ist ein positiver Zusammenhang zwischen grundlegendem Bürokratieabbau und der Wirtschaftsleistung eines Landes (Tabelle 1). Numerisch bedeutet das, dass nach einem umfassenden Bürokratieabbau das BIP pro Kopf um durchschnittlich 4.6% höher ausfällt als vor dem Bürokratieabbau. Der Effekt von 4.6% spiegelt den durchschnittlichen Effekt über alle Jahre nach einer Reform wider. Es kann also sein, dass der Effekt anfänglich gering ist und sich über die Zeit aufbaut.

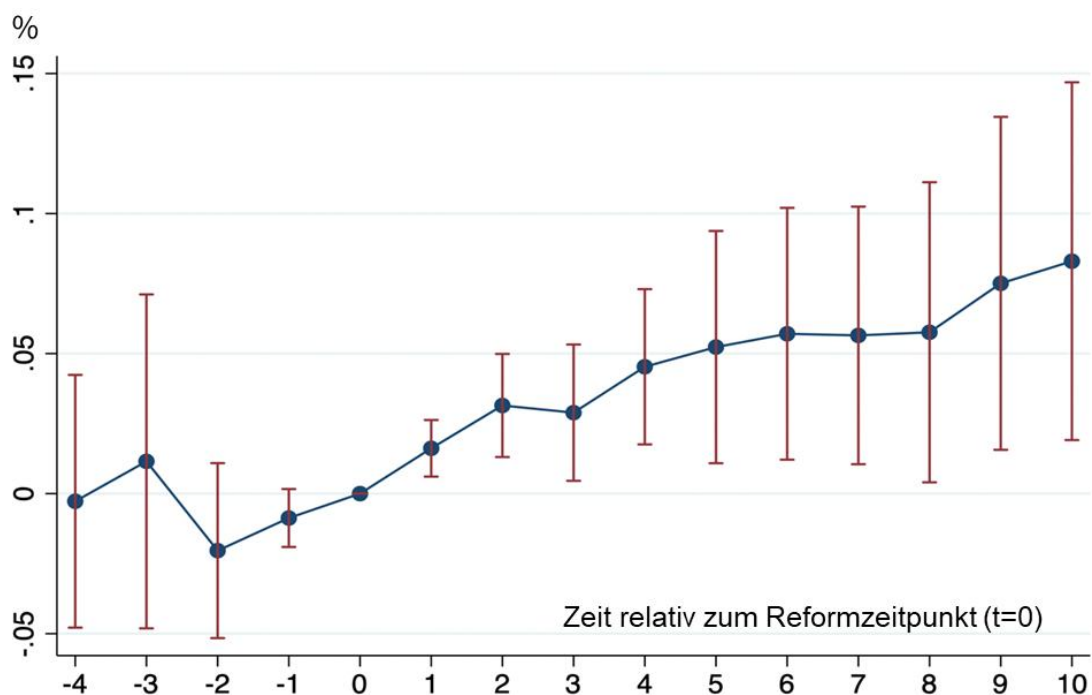
**Tabelle 1: Ergebnisse der empirischen Schätzung des Effekts einer Entbürokratisierung**

Schätzansatz	Log BIP pro Kopf
Differenz-in-Differenzen Schätzer	0.0370*** (0.0135)
De Chaisemartin und d'Haultfœuille (2022)	0.0463*** (0.0150)
Borusyak, Jaravel und Spiess (2023)	0.0530*** (0.0192)
Callaway und Sant'Anna (2021)	0.0533*** (0.0166)
Länder	Weltbank Sample
Beobachtungen	2'910
Robuste Standardfehler in Klammern, * p < 0.10, ** p < 0.05, *** p < 0.01	

<sup>1</sup> Mit der Methode von Falck et al. (2024) können auch die Effekte von weniger starken Rückgängen von Bürokratie auf die Wirtschaftsleistung geschätzt werden, wie zum Beispiel Reformen im Umfang des ange-deuteten Bürokratieabbaus für Deutschland um ein angenommenes Mass von 25%. Die Effekte dieser Re-formen sind jedoch empirisch weniger eindeutig identifiziert.

Abbildung 3 zeigt den prozentualen Unterschied des realen BIP pro Kopf zwischen Ländern mit und ohne umfassenden Bürokratieabbau über den Zeitverlauf relativ zum Zeitpunkt des umfassenden Bürokratieabbaus (Zeitpunkt  $t=0$ ). Bis vier Jahre vor dem Ereignis eines grundlegenden Bürokratieabbaus ist der Unterschied nicht signifikant von Null unterscheidbar. Das heisst, bis zum Zeitpunkt der Bürokratiereform unterscheidet sich die Entwicklung des realen BIP pro Kopf in Ländern mit und ohne grundlegenden Bürokratieabbau im Durchschnitt nicht. Das impliziert, dass die empirische Schätzung des Effekts nicht von anfänglich unterschiedlichen Entwicklungen im realen BIP zwischen Ländern mit und ohne Bürokratieabbau verzerrt ist. Nach der Reform (ab Zeitpunkt 1) unterscheiden sich die Länder mit und ohne Bürokratieabbau hinsichtlich ihrer realen BIP pro Kopf Entwicklung jedoch signifikant. Insbesondere baut sich der Effekt von 1.6% im ersten Jahr nach der Reform ( $t=1$ ) auf 8.3 % zehn Jahre nach der Reform auf ( $t=10$ ). Das heisst, Reformen zum Abbau von Bürokratie entfalten ihre positive Wirkung nicht unmittelbar, sondern erst im Lauf der Zeit.

**Abbildung 3: Geschätzter Effekt von umfassendem Bürokratieabbau auf das reale BIP**

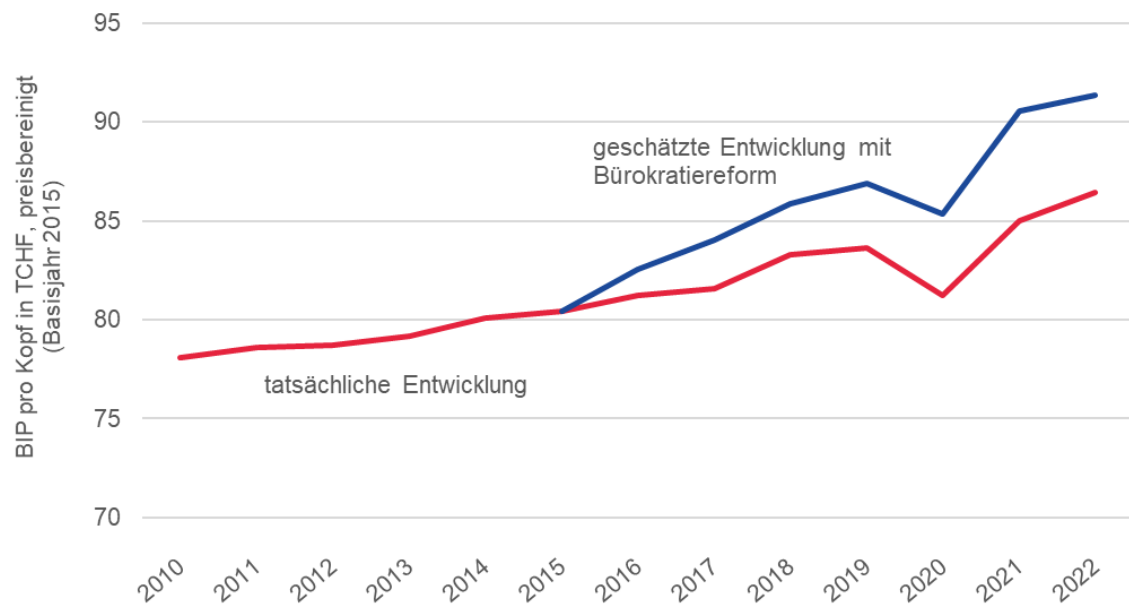


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4 veranschaulicht den Verlauf des realen BIP pro Kopf für die Schweiz für zwei Szenarien. Ein Szenario, das die vergangene Entwicklung abbildet (tatsächliche Entwicklung) und ein hypothetisches Szenario, in dem 2015 ein umfassender Bürokratieabbau stattgefunden hätte. Hätte die Schweiz demnach im Jahr 2015 einen grundlegenden Bürokratieabbau umgesetzt, wäre das reale BIP pro Kopf im ersten Jahr nach der Reform um 1'313 CHF gestiegen. Dieser Effekt wäre bis zum Jahr 2022 auf insgesamt 4'883 CHF mehr BIP pro Kopf gestiegen. Im Durchschnitt würde dies über den gesamten Zeitraum von 2015 bis 2022 einem zusätzlichen realen BIP pro Kopf von jährlich rund 5% bzw. 3'459 CHF entsprechen. **Insgesamt belaufen sich die**

**Bürokratiekosten in Form von entgangener Wirtschaftsleistung für die Schweiz auf rund 30.4 Milliarden CHF pro Jahr.**

**Abbildung 4: Entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratieaufwand in der Schweiz**

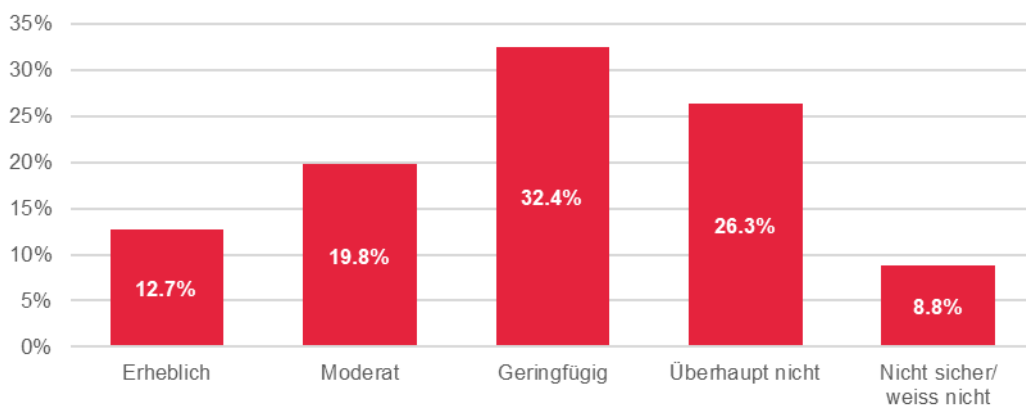


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. Darstellung: BSS.

### 3.3 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für den Fachkräftemangel

Eine administrative Entlastung durch weniger Vorschriften und Regulierungen könnte auch einen Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten. Die für administrative Aufgaben aufgewendete Arbeitszeit könnte alternativ für Facharbeit genutzt werden. Zu dieser Problematik hat BSS im Sommer 2024 über 500 Unternehmen aus dem Handel und dem verarbeitenden Gewerbe befragt. Die Ergebnisse in Abbildung 5 zeigen: Rund jedes dritte Unternehmen sieht im Bürokratieabbau hohes oder zumindest moderates Potenzial zur Entlastung der Fachkräftesituation. Ein weiteres Drittel schätzt den Nutzen einer Entbürokratisierung als gering ein, während das verbleibende Drittel keinen Nutzen erwartet oder unsicher ist. Insbesondere im Bereich Chemie und pharmazeutische Erzeugnisse wird der Nutzen einer administrativen Entlastung als erheblich eingestuft.

**Abbildung 5: Nutzen einer Reduktion des administrativen Aufwands**



Quelle und Darstellung BSS.

Vollständiger Fragetext: «Könnte die Reduzierung administrativer Belastungen durch staatliche Regulierungen zu einer spürbaren Entlastung Ihres Personals beitragen und somit den Arbeitskräftemangel mildern?». (N=529 Unternehmen aus den Bereichen Handel und Verarbeitendes Gewerbe)

Eine einfache Rechnung zeigt die Relevanz dieser Ergebnisse: Nehmen wir an, dass bei einer «erheblichen» bzw. «moderaten» Entlastung des Personals durch einen Bürokratieabbau die verfügbare Arbeitszeit um 3% bzw. 1% steigt. Im verarbeitenden Gewerbe und im Handel entspräche dies in der Folge einem zusätzlich verfügbaren Arbeitskräftepotenzial von rund 1.3% der Beschäftigten (rund 11'000 Personen). In nicht untersuchten Branchen mit hohem Bürokratieaufwand wie dem Gesundheitswesen könnte das Entlastungspotenzial sogar noch grösser ausfallen. Übertragen wir die Berechnung auf die Gesamtwirtschaft einschliesslich des öffentlichen Sektors (4.3 Mio. Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten im Jahr 2024), so impliziert ein umfassender Bürokratieabbau ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial von rund 55'900 Vollzeitäquivalenten. Diese Zahlen zeigen, dass eine Entbürokratisierung einen relevanten direkten Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten kann.

## 4 «Lernen von den Besten»: der Fall Schweden

Schweden belegt seit Jahren einen Spitzenplatz im Bürokratieindex (vgl. Abbildung 2). Mit einem Bürokratieindex von rund -2.1 im Jahr 2020 liegt es deutlich unter dem OECD-Durchschnitt und vor der Schweiz. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären und welche Ansätze könnten für die Schweiz als Vorbild dienen? Im Folgenden zeigen wir mögliche Gründe auf.

1. *Governance*: In Schweden erfolgt die politische Führung nicht ausschliesslich über das Kernministerium, sondern primär auf dezentraler Ebene durch lokale und kommunale Behörden. Die regionalen Behörden sind zwar weiterhin direkt der Zentralregierung unterstellt, sie führen deren Entscheidungen aber selbstständig, organisatorisch unabhängig und landesweit aus (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025). Die flachen Hierarchien ermöglichen rasche Entscheidungsfindungen, Agilität und Flexibilität (OECD, 2023; IHK München, 2025; Global Government Forum, 2021).
2. *Digitalisierung*: Schweden ist Vorreiter im Bereich der Digitalisierung. So erhalten beispielsweise alle Neugeborenen eine lebenslange elektronische Personen-ID und eine zentrale Banken-ID. Mithilfe dieser IDs können alle Verwaltungsverfahren digital erledigt werden. Immobiliengeschäfte, Unternehmensgründungen, Steuererklärungen lassen sich mit wenigen Klicks abwickeln. Dies spart Zeit, Kosten und stellt einen Wettbewerbsvorteil dar (IHK, 2025; OECD, 2023).
3. *Once-Only-Prinzip*: Der effiziente Datenaustausch zwischen den Behörden und Regionen wird über das Once-Only-Prinzip sichergestellt. Werden Daten einmal registriert, haben alle Behörden Zugriff darauf, sei es die Krankenkasse, die Steuerverwaltung usw. (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025). Einheitliche Schnittstellen bei den behördlichen Softwarelösungen sind hierbei von zentraler Bedeutung, da sie einen reibungslosen und schnellen Datenaustausch ermöglichen (IHK München, 2025). Auch private Anbieter von Buchhaltungssoftwares sind eng mit den Finanzämtern verknüpft, sodass ihre Kunden die Quartalszahlen für die Steuererklärung unkompliziert direkt beim Staat hochladen können (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025; IHK München, 2025). Steuererklärungen werden mittels der vorhandenen Angaben vom Staat vorbereitet und müssen vom Einzelnen lediglich bestätigt werden.
4. *Zusammenarbeit*: Staatliche Behörden investieren viel Geld in die Weiterentwicklung von Softwarelösungen (Borg et al., 2018). Hierbei arbeiten sie stark mit der Privatwirtschaft zusammen. So werden öfter bestehende, erfolgreiche Konzepte aus der Privatwirtschaft aufgegriffen, statt individuelle Verwaltungslösungen erarbeitet (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025).
5. *Dienstleistungsorientierung*: Des Weiteren verstehen sich die schwedischen Behörden nicht nur als reine Regulierungsinstanzen, sondern als serviceorientierte Partner der Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingehen (IHK München, 2025). Dies zeigt sich auch in den vergleichsweise tiefen Ausgaben für administrative Überwachung und Regulierung im Dienstleistungssektor (OECD, 2023; Swedish Agency for Growth Policy Analysis, 2012). Vertrauen und Eigenverantwortung geniessen in Schweden einen besonders hohen Stellenwert (Global Government Forum, 2021; OECD 2025; IHK München, 2025).

## 5 Limitationen

Die Ergebnisse dieser Studie sind vor dem Hintergrund mehrerer methodischer Einschränkungen zu interpretieren. Der verwendete Bürokratieindex stützt sich auf die international vergleichbare *Doing Business* Indikatorik der Weltbank. Diese Daten bilden vor allem formale Anforderungen und standardisierte Modellfälle ab, während die tatsächliche Umsetzungspraxis und regionale Unterschiede innerhalb der Länder nur teilweise erfasst werden. Die Weltbank stellte die *Doing Business*-Erhebungen im Jahr 2021 ein, nachdem interne Untersuchungen Unregelmässigkeiten bei Werten von vier Ländern festgestellt hatten. Der verwendete Bürokratieindex basiert auf den historischen Datenreihen. Die ökonometrischen Analysen nutzen die Daten jedoch nur zur Identifikation von Reformperioden. Die zugrunde liegende Quelle wird nicht mehr fortgeführt, die Daten stehen aber weiterhin durch die Weltbank zur Verfügung.

Die Schätzung der entgangenen Wirtschaftsleistung nutzt einen Differenz-in-Differenzen-Ansatz, der umfangreiche Reformepisoden verschiedener Länder auswertet. Dieses Vorgehen ist in der empirischen Wirtschaftsforschung etabliert. Gleichwohl liegt die abgeleitete Wachstumswirkung von rund 4.6 Prozent des BIP pro Kopf am oberen Ende der Spannbreite internationaler Ergebnisse zur Wirkung von Strukturreformen (vgl. Terzi und Marazzo, 2017).

Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Schweiz mit ihrer bereits vergleichsweise effizienten Verwaltung aus weiterem Bürokratieabbau möglicherweise geringere Zuwächse erzielt als Staaten mit ausgeprägteren Ineffizienzen. Die Übertragbarkeit internationaler Befunde hängt daher von der Ausgangslage und der konkreten Ausgestaltung der Reformen ab. Die Werte dieser Studie sind als Best-Case-Szenario zu verstehen, das vor allem grosse, koordinierte Deregulierungsprogramme abbildet.

## 6 Fazit

Basierend auf unserem Bürokratieindex schneidet die Schweiz im internationalen Vergleich besser als der OECD-Durchschnitt ab. Gleichzeitig liegt die Schweiz jedoch deutlich hinter führenden Ländern wie Dänemark oder Schweden zurück. Die ökonometrische Auswertung ergibt, dass ein umfassender Bürokratieabbau das BIP pro Kopf im Durchschnitt um rund 5 Prozent steigern könnte, was einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von rund 30 Milliarden CHF entspricht. Besonders profitieren könnten kleinere und mittlere Unternehmen, die im Verhältnis zur Unternehmensgrösse typischerweise überproportional belastet sind. Die Ergebnisse zeigen das erhebliche volkswirtschaftliche Potenzial gezielter Entbürokratisierungsreformen, auch in einem bereits solide funktionierenden System wie der Schweiz. Der Vergleich mit Schweden deutet darauf hin, dass föderalistische Autonomie, konsequente Digitalisierung und eine Orientierung an privatwirtschaftlichen Lösungen für eine Entbürokratisierung förderlich sind. Neue Möglichkeiten der Effizienzsteigerung eröffnen sich zudem durch technologische Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI).



## 7 Literatur

- Behringer, S., Blättler, S., Heroth, T., Laun, U. & Gesslein, M. (2025). Chancenreport Schweiz 2025 - Stabilität schafft Dynamik. Raiffeisen Schweiz.
- Bigler, H., & Schneider, H. (2019). Der Wert der KMU. Schweizerischer Gewerbeverband sgV. Bern.
- Borusyak, K., Jaravel, X., & Spiess, J. (2024). Revisiting event-study designs: robust and efficient estimation. *Review of Economic Studies*, 91(6), 3253-3285.
- Bundesrat (2013). Bericht über die Regulierungskosten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate Fournier (10.3429) und Zuppiger (10.3592).
- Callaway, B., & Sant'Anna, P. H. (2021). Difference-in-differences with multiple time periods. *Journal of Econometrics*, 225(2), 200-230.
- Card, David & Krueger, Alan B. (1994): Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania. *American Economic Review*, 84(4), 772–793.
- De Chaisemartin, C., & d'Haultfœuille, X. (2020). Two-way fixed effects estimators with heterogeneous treatment effects. *American Economic Review*, 110(9), 2964-2996.
- Falck, O., Guo, Y. M., & Pfaffl, C. (2024). Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand. ifo Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern.
- Gatja, P. & Künzi, K. (2023). Administrative Belastung in den freien Berufen. Studie im Auftrag des Schweizerischen Verbands freier Berufe (SVFB). Büro BASS.
- Gerny, D. (2023). «Jedes Jahr wird die Gesetzesflut grösser»: Fünf Irrtümer über die Regulierungswut in der Schweiz. NZZ vom 28.12.2023.
- KMU-Forum. (2024). Tätigkeitsbericht für die Amtsperiode 2020-2023. Dokument verfügbar unter: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/86140.pdf>
- KPMG und Schweizerischer Gewerbeverband sgV (2010). Schlussbericht: Messung der Regulierungskosten für die KMU. Bern.
- Mosler, M. & Schaltegger, C. (2022). Schwächt das Bürokratiewachstum die Wirtschaft? Effekte der öffentlichen Budgetkomposition auf kantonaler Ebene auf die regionale Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz. Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.
- Vokinger, K. N., & Schneider, D. (2023). Entwicklung in der Gesetzgebung und Gesetzesqualität, 1972-2022. Eine empirische Analyse ausgewählter Indikatoren zum internationalen Recht und Bundesrecht. Jusletter vom 18. Dezember 2023.

SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft. (2023). Bürokratiemonitor: Administrative Entlastung dank Digitalisierung. Link aufgerufen am 11.07.25 unter: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=93320>

Terzi, A., & Marrazzo, P. M. (2017). *Wide-reaching Structural Reforms and Growth: A Cross-country Synthetic Control Approach* No. 82a. Center for International Development at Harvard University.

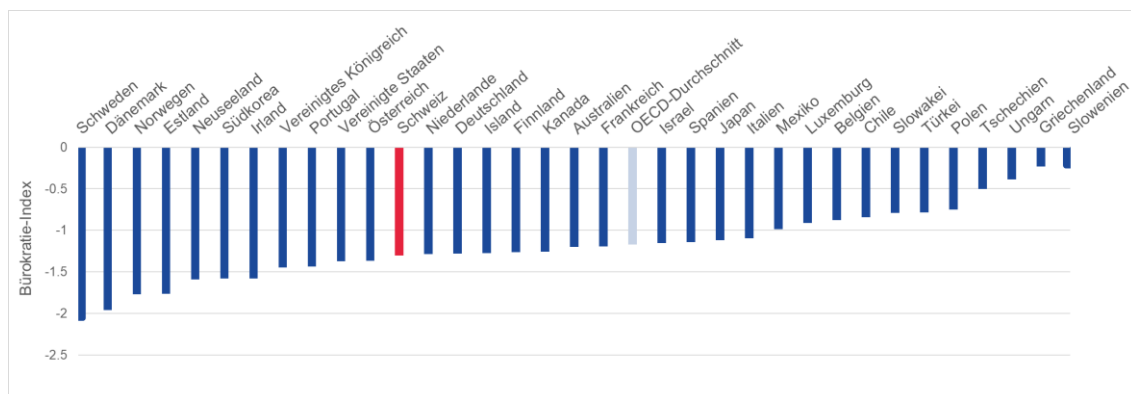
VSE, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. (2025). Rückblick Sommersession 2025. Link aufgerufen am 17.07.2025 unter: <https://www.strom.ch/de/schwerpunkte/aktuell-im-bundeshaus>

Weltbank. (2023). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Abgerufen von <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>

Weltbank. (2021). Doing Business. Abgerufen von <https://archive.doingbusiness.org/en/doing-business>

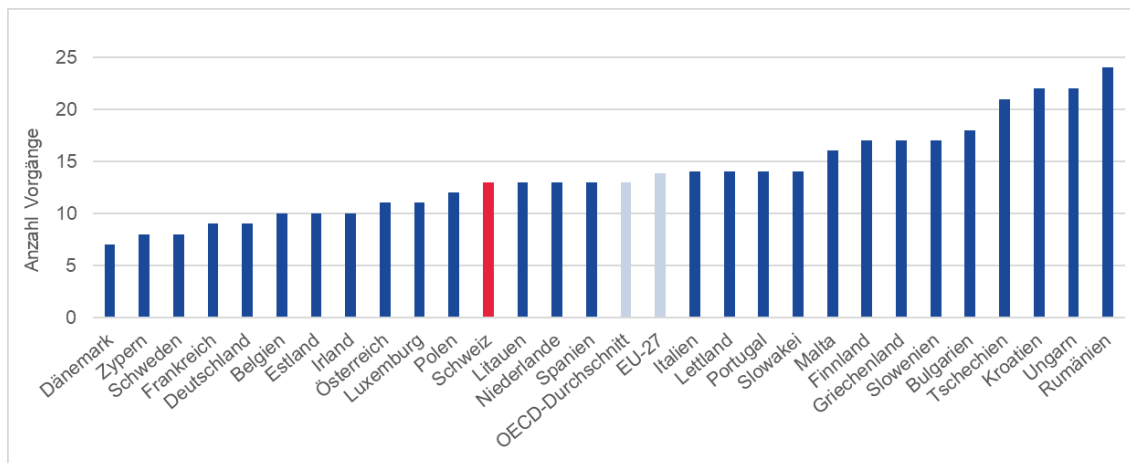
# A Anhang

Abbildung 6: Bürokratieindex der OECD-Länder



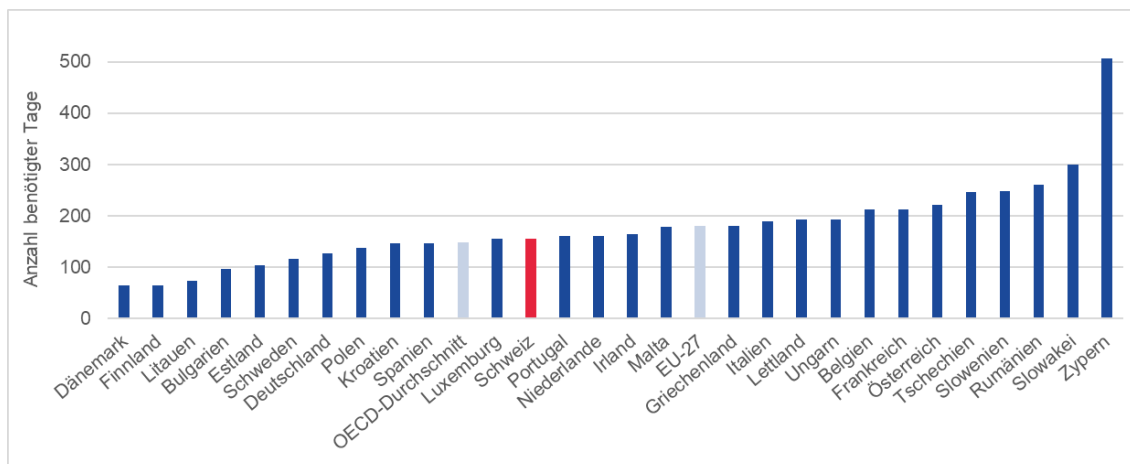
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank. Ein Wert von «Null» entspricht dem Durchschnitt aller in die Untersuchung eingeschlossenen Länder (inklusive Nicht-OECD-Länder) in 2006. Darstellung: BSS.

**Abbildung 7: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Vorgänge**



Quelle: Weltbank. Darstellung: BSS.

**Abbildung 8: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Tage**



Quelle: Weltbank. Darstellung: BSS.

**Tabelle 2: Einzelindikatoren des Bürokratieindex für ausgewählte Länder**

Land	Baugenehmigung (# Vorgänge)	Baugenehmigung (Tage)	Anmeldung von Eigentum (# Vorgänge)	Anmeldung von Eigentum (Tage)	Aufwand für Steuererklärungen (Häufigkeit pro Jahr)	Aufwand für Steuererklärungen (h pro Jahr)	Export Dokumentierungsaufwand (h)	Import Dokumentierungsaufwand	Export Zollabwicklung (h)	Import Zollabwicklung (h)
Schweiz	13	156	4	16	19	63	2	2	1	1
Österreich	11	222	3	21	12	131	1	1	0	0
Belgien	10	212	8	49	11	136	1	1	0	0
Bulgarien	18	97	8	19	14	441	2	1	4	1
Kroatien	22	146	5	33	12	206	1	1	0	0
Zypern	8	507	7	9	16	120	2	2	18	15
Tschechien	21	246	4	28	8	230	1	1	0	0
Dänemark	7	64	3	4	10	132	1	1	0	0
Estland	10	103	3	18	8	50	1	1	2	0
Finnland	17	65	3	62	8	90	2	1	36	2
Frankreich	9	213	8	42	9	139	1	1	0	0
Deutschland	9	126	6	52	9	218	1	1	36	0
Griechenland	17	180	11	26	8	193	1	1	24	1
Ungarn	22	193	4	18	11	277	1	1	0	0
Irland	10	164	5	32	9	82	1	1	24	24
Italien	14	190	4	16	14	238	1	1	0	0

Land	Baugenehmigung (# Vorgänge)	Baugenehmigung (Tage)	Anmeldung von Eigentum (# Vorgänge)	Anmeldung von Eigentum (Tage)	Aufwand für Steuererklärungen (Häufigkeit pro Jahr)	Aufwand für Steuererklärungen (h pro Jahr)	Export Dokumentierungsaufwand (h)	Import Dokumentierungsaufwand	Export Zollabwicklung (h)	Import Zollabwicklung (h)
Lettland	14	192	4	17	7	169	2	1	24	0
Litauen	13	74	3	4	10	95	3	1	7	0
Luxemburg	11	155	7	27	23	55	1	1	0	0
Malta	16	179	7	17	8	139	24	1	24	2
Niederlande	13	161	5	3	9	119	1	1	0	0
Polen	12	137	6	135	7	334	1	1	0	0
Portugal	14	160	1	10	8	243	1	1	0	0
Rumänien	24	260	6	15	14	163	1	1	0	0
Slowakei	14	300	3	17	8	192	1	1	0	0
Slowenien	17	248	7	51	10	233	1	1	0	0
Spanien	13	147	6	13	9	143	1	1	0	0
Schwe den	8	117	1	7	6	122	1	1	2	0
EU-27	14	180	5	27	10	174	2	1	7	2

